

Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung

Vorlagennummer: **STV/1181/2012**
 Öffentlichkeitsstatus: öffentlich
 Datum: 16.10.2012

Amt: Büro der Stadtverordnetenversammlung
 Aktenzeichen/Telefon: - Al -/1032
 Verfasser/-in: Dr. Martin Preiß, FDP-Fraktion

Beratungsfolge	Termin	Zuständigkeit
Magistrat		Zur Kenntnisnahme
Haupt-, Finanz-, Wirtschafts-, Rechts- und Europaausschuss	12.11.2012	Beratung
Stadtverordnetenversammlung	22.11.2012	Entscheidung

Betreff:

GEMA Tarifreform 2013

- Antrag der FDP-Fraktion vom 14.10.2012 -

Antrag:

- „1. Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest, dass die Urheberrechte von Komponisten und Interpreten zum Schutz des geistigen Eigentums gewahrt werden müssen.
2. Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest, dass bei der Verwertung durch die GEMA neben den Interessen der Musiker auch die Interessen der Bürger bei Veranstaltungen im ehrenamtlichen Bereich, bei Vereins- und Feuerwehrfesten etc. und die Interessen des Gastgewerbes gewahrt werden müssen.
3. Mit Sorge sieht die Stadtverordnetenversammlung die derzeit geplante Tarifreform der GEMA. Sie kritisiert, dass auch Diskotheken und Clubs aufgrund der Tarifreform mit erheblichen Zusatzkosten rechnen müssen. Dies bedeutet eine ernste Gefahr für dieses Gewerbe, der entgegengewirkt werden muss.
4. Die Stadtverordnetenversammlung verfolgt das derzeit laufende Schiedsverfahren mit hoher Aufmerksamkeit. Dabei unterstützt sie die Hessische Landesregierung ausdrücklich bei ihren Bemühungen, die GEMA zu einer Korrektur ihrer Tarifreform zu bewegen. Eine neue Tarifstruktur muss sorgfältig zwischen dem Urheberrecht der bei der GEMA organisierten Komponisten, Textdichter und Verleger von Musikwerken auf der einen und dem berechtigten Interesse von

Musikveranstaltern an einer wirtschaftlichen Betätigung auf der anderen Seite abwägen. Die GEMA steht in der Pflicht, ein transparentes und gerechtes Tarifsysteem für alle Vertragspartner zu entwickeln. Eine Vereinfachung der Tarifstruktur bei der GEMA könnte zwar auch mit einer moderaten Anhebung der Gebühren verbunden sein. Diese darf aber nicht zu einer Existenzgefährdung von Gaststätten, Vereins- und Musikveranstaltungen führen.

5. Die Stadtverordnetenversammlung fordert die GEMA darüber hinaus auf, an der Möglichkeit festzuhalten, dass für Veranstaltungen, bei denen kein Eintrittsgeld erhoben wird, Rahmenvereinbarungen für das ganze Jahr abgeschlossen werden können. Damit werden die überwiegend ehrenamtlich Tätigen z.B. in den Vereinen entlastet. Sie erwartet von der GEMA zudem, ehrenamtlich Tätige, sowie Vereine durch Rabattsysteme oder Freistellungsregelungen zu entlasten, damit gemeinnützige Arbeit weiterhin möglich bleibt.
6. Die Stadtverordnetenversammlung unterstützt den Hessischen Wirtschaftsminister Florian Rentsch in seinem Vorhaben eine Bundesratsinitiative zur Änderung des Urheberrechtes mit dem Ziel der Einführung geeigneter aufsichts-rechtlicher Maßnahmen gegenüber der GEMA zu ergreifen, sollte nach Abschluss der Schiedsverfahren nach wie vor die Sorge bestehen, dass die Interessen von kommerziellen und ehrenamtlichen Veranstaltern bei der Tarifreform nicht in ausreichendem Maße berücksichtigt und deren Bestand und Tätigkeit gefährdet werden.“

Dr. Martin Preiß
Fraktionsvorsitzender